

Info + Hintergrund + Info + Hintergrund + Info + Hintergrund

„Frauen werden giftig“ - Positionspapier

Aktion am Weltfrauentag, 8. März 2005, für eine Zukunft ohne gefährliche Chemikalien

Wir alle sind von den negativen Auswirkungen durch gesundheitsschädliche Chemikalien betroffen. Täglich kommen wir mit ihnen in Berührung, da sie in vielen Produkten des alltäglichen Bedarfs zu finden sind: Bromierte Flammschutzmittel in Fernsehern, Weichmacher in Duschvorhängen und Auslegeware oder Formaldehyd in Lüfterfrischern, um nur einige Beispiele zu nennen. Von vielen Produkten sind jedoch die Inhaltsstoffe und ihre (Wechsel-) Wirkungen nicht bekannt oder das Wissen darüber ist nur lückenhaft. Von den rund 30.000 Industriechemikalien, die jährlich mit mehr als einer Tonne produziert werden, sind bislang nur 140 ausreichend auf ihre Wirkungen bewertet.¹

REACH – die neue europäische Chemikalien-Gesetzgebung kann (Ab)hilfe bringen

Jetzt gibt es die einmalige politische Chance, dieses Defizit zu beseitigen. Die geplante europäische Chemikalienverordnung REACH (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien) bietet die Möglichkeit, dem unzumutbaren Umgang mit ungeprüften Chemikalien Einhalt zu gebieten. Bei der Mehrzahl der in unserer Umwelt zu findenden Chemikalien haben wir nur unzureichende Informationen über deren Wirkungen auf den Menschen und deren Abbaubarkeit in der Umwelt. Die neue europäische Chemikaliengesetzgebung REACH schafft einen Rahmen, um Wissenslücken über die auf dem Markt befindlichen Stoffe zu schließen und schädliche Stoffe durch sichere Alternativen zu ersetzen.

Wir begrüßen und unterstützen diese längst überfällige Verordnung, auch wenn sie nur ein erster Schritt in die richtige Richtung ist. Jedoch geht die Gesetzesvorlage in der jetzigen Form nicht weit genug, um uns vor den negativen Auswirkungen von gefährlichen Chemikalien zu schützen. Deshalb bedarf es unbedingt wichtiger Veränderungen an der REACH-Vorlage:

1. Besonders gefährliche Chemikalien dürfen keine Vermarktungserlaubnis erhalten.
2. Kinder und besonders gefährdete Gruppen müssen die Grundlage für die Risikobewertung von Chemikalien sein.
3. Informationen über die Gefährlichkeit von Chemikalien müssen klar definiert und stets verfügbar sein, inklusive der Angabe aller Produktinhaltsstoffe.
4. Für Chemikalien in importierten Artikeln müssen dieselben Informationsanforderungen gelten wie für EU-Produkte.
5. Im Anmeldeverfahren für Chemikalien mit einem Produktionsvolumen von 1-10 Tonnen sollten mehr Datenanforderungen erhoben werden, um Aussagen über die Gefährlichkeit und deren Verhalten in Lebewesen und Umwelt treffen zu können.
6. Die von der Industrie vorgelegten Daten müssen einer unabhängigen Qualitätskontrolle unterzogen werden.
7. Um das Anmeldeverfahren zu vereinfachen und Kosten zu sparen, sollten sich Hersteller/innen ein und desselben Stoffes zur Ermittlung bzw. Verwendung der angeforderten Daten zusammenschließen.

¹ KOM (2001) 88, Weißbuch, *Strategie für eine zukünftige Chemikalienpolitik*, 27. Februar 2001

Warum werden Frauen aktiv?

Frauen bringen in den politischen Prozess verschiedene Erfahrungen aus unterschiedlichen Lebenszusammenhängen ein. Ihre meist größere Sensibilität für Themen des persönlichen Umfelds und eine andere Prioritätensetzung etwa aufgrund von Mutterschaft eröffnen neue Perspektiven.

Frauen übernehmen meist mehr Verantwortung für ihre Gesundheit und in hohem Maße für die Gesundheit ihrer Familie. Darüber hinaus reichern sich gefährliche Stoffe aufgrund ihrer Fettlöslichkeit stärker im weiblichen Körper an, da dieser im Durchschnitt mehr Fett enthält. Die unterschiedlichen körperlichen Stadien, die Frauen durchlaufen und die durch das Hormonsystem gesteuert sind, machen Frauen sehr anfällig für Stoffe, deren Wirkung hormonähnlich ist.

Wir wollen unser Lebensumfeld und unsere Lebensgrundlagen nicht weiter vergiften lassen! Wir fordern die Wirtschaft auf, Verantwortung für ihre Produkte zu übernehmen und nur gesundheits- und umweltverträgliche Artikel auf den Markt zu bringen. Aufgabe der Politik ist es sich für eine Gesetzgebung stark zu machen, die einen optimalen Schutz der Gesundheit und der Umwelt gewährleistet.

Hierzu gehört, dass gesundheitsschädliche Inhaltsstoffe in Produkten des alltäglichen Lebens zu vermeiden sind. Inhaltsstoffe, die

- krebserregend (karzinogen)
- fortpflanzungsschädigend
- erbgutschädigend (mutagen)
- langlebig (persistent)
- bioakkumulativ (sich in Fettgeweben zu immer höheren Konzentrationen anreichern)
- giftig
- hormonell wirksam
- stark sensibilisierend

sind, müssen durch unschädliche Alternativen ersetzt werden.

Frauen fordern, dass die Inhaltsstoffe von Produkten vollständig und allgemeinverständlich deklariert werden, so dass sie die Wahl haben, ihre Gesundheit nicht durch schädliche Produkte zu gefährden.

Auch Wasser, Boden und Luft und die biologischen Ökosysteme dürfen nicht länger durch Chemikalien gefährdet werden. Die dauerhafte Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Regenerationsfähigkeit der Naturgüter, der Schutz der Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume sowie der Erhalt der biologischen Vielfalt sind für unser aller Zukunft unerlässlich.

Frauen haben einen wertvollen Erfahrungsschatz und Sachkompetenz

Der Umgang mit gesundheitsschädlichen Chemikalien gehört auf die politische Tagesordnung und muss öffentlich diskutiert werden. Es geht alle an, welchen Risiken wir ausgesetzt sind und wie wir damit in unserer Gesellschaft umgehen.

Frauen bringen in diese Diskussion vielfältige Aspekte und Sachkompetenzen ein, die sie aus ihrer reichen Erfahrung aus unterschiedlichen Lebenslagen und Rollenzuweisungen schöpfen - sei es als Konsumentin, verantwortungsvolle Bürgerin, Unternehmerin, Arbeitnehmerin, Mutter oder Partnerin.

Frauen wollen wissen, was sie konsumieren

Frauen treffen täglich eine Vielzahl von Konsumententscheidungen. Sie kaufen Produkte des alltäglichen Bedarfs nicht nur für sich, sondern meist für den gesamten Haushalt. Ohne vollständige Angabe der Inhaltsstoffe oder aussagekräftige Labels sind die Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten für den Kauf von gesunden und sicheren Produkten stark eingeschränkt bzw. nicht vorhanden. Dieses Defizit ist dringend zu beseitigen.

Frauen fühlen sich verantwortlich in einer globalisierten Welt

Umweltprobleme im einundzwanzigsten Jahrhundert sind vor allem globaler Natur. Auch das Problem schädlicher Chemikalien in der Umwelt ist längst ein weltweites Problem. Die in wärmeren Ländern der Erde produzierten und freigesetzten Dauergifte werden mit den Luftströmen in die Arktis transportiert, wo sie dann in die Nahrungskette von Meeressäugern und Menschen gelangen. So sind zum Beispiel bei der Bevölkerungsgruppe der Inuit, die unsere Konsumprodukte selbst nie genutzt haben, die höchsten Konzentrationen von Chemikalien in der Muttermilch festgestellt worden. Einige der Folgen davon für die Kinder der Inuit sind Immunschwäche und Intelligenzbeeinträchtigungen.

Die Europäische Union hat die Chance und als zweitgrößter Chemikalienmarkt der Welt die Verpflichtung, eine führende Rolle in der Debatte um einen zukunftsfähigen Umgang mit Chemikalien einzunehmen. In die EU importierte Artikel müssen in das Zulassungsverfahren der neuen REACH Gesetzgebung integriert werden. Darüber hinaus hat die EU sich 2002 in Johannesburg beim UN-Gipfel für Nachhaltige Entwicklung zusammen mit allen anderen Staaten der Erde dazu verpflichtet bis 2020 dafür zu sorgen, dass alle Chemikalien so produziert und verwendet werden, dass die negativen Folgen für die Gesundheit des Menschen und die Umwelt minimiert werden.

Mütter sorgen sich um die Gesundheit ihrer Kinder

Mütter wollen ihren Kindern einen unbelasteten Start ins Leben ermöglichen. Das Leben der Kinder soll nicht beeinträchtigt sein durch gesundheitsschädliche Chemikalien, die der Entwicklung schaden, die Intelligenz beeinträchtigen, durch Allergien die Lebensqualität rauben oder mit Krankheiten wie Krebs das Leben zerstören.

Eine Studie², bei der das Blut von 33 Personen aus 7 Familien (zwischen 9-88 Jahren) auf künstlich erzeugte Chemikalien untersucht wurde, zeigt, dass alle Kinder bereits ebenso viele Substanzen in ihrem Körper tragen wie ihre Eltern und teilweise bereits eine größere Anzahl als ihre Großeltern. Bei „neuen“ Schadstoffen, wie z.B. bromierten Flammschutzmitteln und perfluorierten Verbindungen wurden bei drei Kindern sogar höhere Werte gefunden als bei deren Eltern.

Eine nicht bekannte Anzahl von gefährlichen Chemikalien lagert sich in unseren Körpern ab. Mütter sind gezwungen dieses giftige „Paket“ während der Schwangerschaft und Stillzeit an ihre Kinder weiterzureichen, mit nicht absehbaren Folgen für deren Entwicklung und Gesundheit. Muttermilch – die beste, effektivste und kostengünstigste Nahrung für unsere Kinder – ist nicht frei von Schadstoffen. Dank der Verbote von gefährlichen Chemikalien wie DDT (ein Pestizid) oder Polychlorierte Biphenyle (PCB) sinkt zumindest deren Anteil in der Muttermilch.

² WWF-UK and The Cooperation Bank, „Contamination: The next generation – Results of the family chemical contamination survey“; October 2004
<http://www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02139/index.html>

Während die „Altlasten“ nun in den Hintergrund rücken, treten neue Chemikalien in den Vordergrund. So wurden erstmalig, neben den synthetischen Duftstoffen, weitere Inhaltsstoffe aus Kosmetika in der Muttermilch nachgewiesen. Auch Flammschutzmittel, die in Computer- und Elektronikteilen sowie Textilien eingesetzt werden, sind inzwischen in der Muttermilch gefunden worden. Seit Mitte der achtziger Jahre zeigt der Trend dieser Chemikalien in der Muttermilch steil nach oben.³

Diese werden während der Milchbildungsphase aus dem Fettgewebe der Mutter in die Muttermilch übertragen und stellen so über das Stillen eine weitere Belastungsquelle des Kleinkindes in sensiblen Lebensphasen dar.

Die Studie „Compromising our children“⁴ zeigt auf, dass synthetische chemische Substanzen, wie polychlorierte Biphenyle (PCB) und polybromierte Diphenylether (PBDE) die Intelligenz von Kindern beeinträchtigen. Die Erkenntnisse offenbaren in erschreckender Weise, dass Chemikalien, denen wir alle ausgesetzt sind, die Gehirnentwicklung und Motorik von Kindern schädigen können, und zwar schon in Konzentrationen, die bereits im menschlichen Blut nachgewiesen wurden. Aus der Studie geht auch hervor, dass 70 Prozent der meistgenutzten Chemikalien bisher nicht oder nur unzureichend auf ihre Effekte auf Gehirn und Nervensystem getestet wurden. Sie bergen daher ein unbekanntes Risiko für die kindliche Entwicklung.

Beobachtete Auswirkungen von chemischen Substanzen auf die Gehirnentwicklung von Kindern weltweit sind beispielsweise eine geringere Gedächtnisleistung, verminderte visuelle Wahrnehmung, geringer entwickelte Bewegungsfähigkeit sowie niedrigere Intelligenzquotienten. Zusätzlich nimmt die Zahl der Kinder, die am Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom (ADS) und an Autismus leiden, zu. Chemikalien geraten mehr und mehr in Verdacht auch hierbei eine Rolle zu spielen. Ein Wissenschaftlergremium aus den USA hat geschätzt, dass 10 % aller neurologischen Verhaltensstörungen vollständig oder teilweise durch Chemikalien verursacht sind.

In den Familien übernehmen meist die Frauen die Gesundheitsverantwortung. Das bedeutet, dass sie in großem Maße von den Krankheiten und Verhaltensauffälligkeiten ihrer Kinder betroffen sind. Unzählige Arztbesuche und Therapiemaßnahmen, sowie ein besonderes Ernährungs- und Pflegeprogramm sind zeit- und kostenintensiv. Vor allem der erhöhte Zeitaufwand schränkt die Erwerbsmöglichkeiten der betroffenen Mütter erheblich ein, teilweise sind sie gezwungen ihre berufliche Tätigkeit stark einzuschränken oder aufzugeben. Familien mit allergiekranken Kindern erleben eine Isolierung und Ausgrenzung vom gesellschaftlichen Leben.

Wenn Kinderwunsch ein Wunsch bleibt

Auch die Familienplanung bleibt von den uns umgebenden Giften nicht unberührt. Schädliche Chemikalien beeinflussen das Fortpflanzungssystem und können das Hormonsystem schädigen. So greift der weit verbreitete Weichmacher DEHP in die Entwicklung der männlichen Föten ein und kann zu Geburtsfehlern und späterer Unfruchtbarkeit führen (geringe Spermienqualität und -quantität)⁵.

³ Trends der Rückstandsgehalte in Frauenmilch der Bundesrepublik Deutschland - Aufbau der Frauenmilch- und Dioxin-Humandatenbank am BgVV, 2000

⁴ WWF-UK „Compromising our children – chemical impacts on children’s intelligence and behavior, Juni 2004, <http://www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/01915/index.html>

⁵ SWAN S, Elkin Ep, Fenster I (2000): The Question of declining sperm density revisited: An Analysis of 1001 Studies published 1934-1996, Environment Health Perspective 108 (10): 961-966

Nicht nur die Gesellschaft ist massiv betroffen, wenn Kinderwünsche unerfüllt bleiben. Für jede einzelne Betroffene bedeutet es, die Folgen von Unfruchtbarkeit und Fehlgeburten bewältigen zu müssen, den eigenen Lebensplan aufzugeben und zu ändern.

Unternehmerinnen tragen Verantwortung für die Herstellung schadstofffreier Produkte. Arbeitnehmerinnen wollen einen gesunden Arbeitsplatz

Als Entscheidungsträgerinnen in Unternehmen sind Frauen für die Arbeitsbedingungen ihrer Mitarbeiter/innen verantwortlich. Hierzu gehört auch, dass sie für einen sicheren Umgang mit Chemikalien am Arbeitsplatz und in den von ihnen zu produzierenden Erzeugnissen zu sorgen haben.

Fehlendes Wissen über die Stoffeigenschaften der eingesetzten Materialien verhindern adäquate Schutzmaßnahmen. Dies gilt nicht nur für Produktionsprozesse, bei denen Chemikalien eingesetzt werden, sondern auch für vermeintlich sichere Bürotätigkeiten. Viele Büroeinrichtungsgegenstände wie Teppichboden, Büromöbel, Computer, Kopiergeräte und Laserdrucker sind nicht für eine Innenraumnutzung optimiert. Selbst Siegel wie der Blaue Engel geben nur sehr begrenzt Sicherheit, da er sich nur auf bestimmte Kriterien bezieht und man dabei auf das vorhandene Wissen über die schädlichen Wirkungen von Inhaltsstoffen angewiesen ist. Unberücksichtigt bleibt die Vielzahl der nicht untersuchten Chemikalien, die Wirkungen, die durch die Anreicherung und Überlagerung, sowie Wechselwirkungen von Stoffen im Raum entstehen. Deshalb haben auch verantwortungsbewusste Arbeitgeberinnen bisher nur sehr beschränkte Möglichkeiten, die Gefährdung ihrer Arbeitnehmer/innen (und Konsumentinnen und Konsumenten) zu minimieren, da ihnen schlicht die Informationen über die chemische Zusammensetzung der benutzten Erzeugnissen und den prozessbezogenen Chemikalien fehlen⁶.

Diese Informationslücken führen dazu, dass ein Zusammenhang zwischen Erkrankungen und im beruflichen Umfeld vorkommenden Chemikalien nur schwer nachweisbar ist oder erst gar nicht hergestellt wird.

Hinzu kommt, dass gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten mit hoher Arbeitslosigkeit auch die Leidensbereitschaft der Arbeitnehmer/innen ansteigt. So nehmen viele auch bei Krankheitszeichen keine medizinische Hilfe in Anspruch bzw. erforschen die wahre Ursache nur unzureichend. Die Dokumentationsmöglichkeiten dieser Erkrankungen und damit die Abschätzung ihrer – nicht nur - wirtschaftlichen Folgen sind so auch für Arbeitgeber/innen stark eingeschränkt.⁷ Damit fehlen ihnen die Instrumente und Argumente um adäquat reagieren zu können.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (ETUC) sieht jedoch in der Gefährdung durch Chemikalien eine der Hauptursachen für Todesfälle unter Europas Arbeitnehmer/innen. Nach ihren Schätzungen sind 32 Millionen Arbeitnehmer/innen in ihren Berufen krebserzeugenden Stoffen in Konzentrationen ausgesetzt, die weit über den Grenzwerten liegen. Pro Jahr sind zwischen 35.000 und 45.000 berufsbedingte Todesfälle durch Krebs zu verzeichnen⁸. Hinzu kommen Erkrankungen wie Atemwegserkrankungen, Hautallergien und Störungen des Nervensystems etc⁹.

⁶International Chemical Secretariat (ChemSec) 2005, Was wir von REACH erwarten, Anmerkungen zum Vorschlag für eine neue EU-Chemikaliengesetzgebung, Statement H&M, Seite 9.

⁷ Rühl, Reinhard, Das Nutzenpotential von REACH – Abschätzung für ein Teilsegment, Bau-Berufsgenossenschaft, Frankfurt am Main, 2004

⁸ Kogevinas et al: Estimation of the burden of occupational cancer in Europe – von Europa finanzierte Studie zur Krebsvorbeugung (Vertrag SOC96-200742 05F02), 1998

⁹ International Chemical Secretariat (ChemSec) 2005, Was wir von REACH erwarten, Anmerkungen zum Vorschlag für eine neue EU-Chemikaliengesetzgebung, Statement ETUC, Seite 17.

Damit erwerbstätige Frauen in ihrer Rolle als Unternehmerin oder Arbeitnehmerin verantwortungsvoll handeln können, müssen Informationslücken über Inhaltsstoffe sämtlicher Produkte, mit denen sie in Berührung kommen, geschlossen werden.

Produkte sollten so entwickelt werden, dass alle ihre Inhaltsstoffe klar definiert und deklariert sind und dass bereits bei der Entwicklung eine klare Auswahl und bewusste Entscheidung über die Inhaltsstoffe getroffen wird. Nur wenn genau definiert ist, welche Inhaltsstoffe in einem Produkt enthalten sind, kann eine hochwertige Wiederverwendung und Verwertung der eingesetzten Materialien in biologischen oder technischen Kreisläufen sichergestellt werden. Dies hat sehr positive Auswirkungen auf den Ressourcenverbrauch, der dadurch drastisch reduziert werden kann. Gleichzeitig würde dies unsere Entsorgungsprobleme erheblich mindern. Durch die vielen Löcher in unserer Kreislaufwirtschaft droht uns und unseren Lebensgrundlagen derzeit hingegen die schleichende Vergiftung.

Auf der Suche nach den Ursachen: Wenn Atemnot, Allergien, Brustkrebs und andere Krankheiten das Leben von Frauen und deren Familien bedrohen

„Die weite Verbreitung von kleinen Mengen vieler Chemikalien... führt zu zunehmenden Risiken, da sie, allein oder in Kombination mit anderen Wirkstoffen, zur Entstehung von Krebs und Allergien beitragen und negative Auswirkungen auf das Fortpflanzungs- das Immun- und das Nervensystem haben können.“¹⁰ Neuere Forschungen bestätigen, dass Chemikalien auch unterhalb der Grenzwerte gesundheitsschädigend wirken. Diese Erkenntnisse sollten ein wesentlicher Aspekt in der Gesundheitspolitik sein. Auch bei Diagnose und Therapie muss der Zusammenhang zwischen bestimmten Chemikalien und verschiedenartigsten Krankheiten wie Asthma, Krebs, Herzkreislauf- und Stoffwechselstörungen, Parkinson, Alzheimer usw. in Betracht gezogen werden.

Erschreckend ist zum Beispiel der drastische Anstieg an Krebserkrankungen. Eine amerikanische Studie¹¹ zeigt, dass jede siebte Frau an Brustkrebs erkrankt, dieses Jahr werden weltweit 370.000 Brustkrebstote erwartet. 50 % der Ursachen sind weder genetisch bedingt noch auf den Lebensstil zurückzuführen. Es häufen sich Hinweise, dass Strahlung und schädliche Chemikalien eine brustkrebsverursachende Wirkung haben, insbesondere hormonell wirkende Schadstoffe. Auch MCS (Multiple Chemical Sensitivity), eine vielfache Chemikalien-Unverträglichkeit, ist eine sich ausbreitende Krankheit. Sie wird durch eine einmalige massive Exposition oder durch längere Niedrigdosisexpositionen einer oder mehrerer toxischer Chemikalien verursacht und kann Frauen und Männer jeden Alters treffen. An MCS erkrankte Personen reagieren auf teilweise geringste Konzentrationen von Schadstoffen, z. B. Lösungsmittel, Pestizide, Duftstoffe, Feinstäube. Die Symptome sind vielfältig, treten in mehreren Organen auf und können unterschiedlich schwer sein. Die Symptome vermindern sich nur, wenn Schadstoffe im Umfeld reduziert werden.

Gesundheit und Wohlbefinden des Menschen sind von seiner Umwelt abhängig. Heute gibt es mehr denn je Substanzen, die Gesundheitsrisiken nach sich ziehen. Das rasante Wachstum moderner Technologien in unseren Industrie- und Wohlstandsgesellschaften ist begleitet von der Verbreitung neuartiger Substanzen, mit denen wir bisher nicht konfrontiert waren. Die bisherige Kenntnis über die Wirkungsmechanismen von Chemikalien beruht auf der Wirkungsweise von hohen Dosierungen bzw. Vergiftungen. Es gibt jedoch Hinweise, dass für das Entstehen chronischer Schäden, die jahrelange Einwirkung minimaler Mengen chemischer Substanzen ausreicht.

¹⁰ Europäische Umweltbehörde (2001)

¹¹ Breast Cancer Fund and Breast Cancer Action „State of the Evidence - What Is the Connection Between the Environment and Breast Cancer?“ Oktober, 2004

Wir brauchen Politikerinnen und Politiker, denen die Gesundheit der Menschen am Herzen liegt

Politikerinnen und Politiker gestalten die Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft und nehmen damit eine wichtige Verantwortung für unsere Gesundheit wahr. Mit der geplanten europäischen Chemikalienverordnung REACH wird ein erster Schritt getan, uns vor den schon bekannten und den noch unbekanntem Gefahren durch die Nutzung von Chemikalien zu schützen. Damit dieser Schritt gelingt und wir auf diesem Weg weitergehen können, werden Politikerinnen und Politiker gebraucht, die sensibel für diese Gefahren sind und denen unsere Gesundheit am Herzen liegt. Sie dürfen dem starken Lobbydruck der Industrie nicht nachgeben und sollten ihre Stellung in den Medien für Aufklärung nutzen. Es müssen an den Gesetzgebungsverfahren Frauen und Männer beteiligt sein, denen die vielfältigen Lebenswirklichkeiten und somit die Bedürfnisse der Menschen nach gesunden Lebensmitteln, gesunden Lebensräumen und gesunder Natur vertraut sind. Politikerinnen und Politiker müssen sich bei ihren Entscheidungen über neue Gesetzgebungen zur besseren Regulierung schädlicher Stoffe ihrer Verantwortung für unsere Gesundheit bewusst sein. Sie dürfen nicht leichtfertig der Logik der Machbarkeit folgen und viel zu hoch liegende Grenzwerte akzeptieren, sondern von Wissenschaft und Industrie neue kreative Lösungen noch offener Fragen, wie z.B. zur Mehrfachbelastung, fordern.

Auch als Wählerinnen haben Frauen es in der Hand, Frauen und Männer in die Parlamente und Regierungen zu wählen, die uns mit Gesetzen und Verordnungen vor den negativen Auswirkungen von Chemikalien schützen. Wir Wählerinnen müssen die Arbeit unserer Abgeordneten kontrollieren und unterstützen.

Es gibt dringenden Handlungsbedarf, um die Gesundheit und die Umwelt vor Auswirkungen durch schädliche Chemikalien zu schützen.

Jetzt muss die politisch einmalige Chance genutzt werden, die Chemikalienpolitik nach den Bedürfnissen der Bevölkerung zu gestalten. Mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Änderungen kommen wir dem Ziel einer starken, sicheren und verbesserten europäischen Chemikalienverordnung näher.

März 2005

AAK Arbeitsgemeinschaft Allergiekranke Kind
BPW Business Professional Women
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
BUND Jugend
DNR Deutsche Naturschutzring
Forum Umwelt und Entwicklung
Greenpeace
Grüne Liga Berlin
Hamburger Umweltinstitut
IGUMED Interdisziplinäre Gesellschaft für Umweltmedizin e.V.
NUT Frauen in Naturwissenschaft und Technik
WECF Women in Europe for a Common Future